



Planungstagung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021
Künftige Schwerpunkte nach 25 Jahren

Vor 25 Jahren begannen wir mit dem ersten Internationalen Tag gegen Rassismus in Deutschland. Das Jubiläum am 16. März 2020 im Bundeskanzleramt in Berlin mussten wir wegen der Corona-Krise eine Woche vorher absagen.

Die Anfänge vor 25 Jahren waren schwierig. Damals wurde uns gesagt, dass es in Deutschland nach dem Holocaust keinen Rassismus mehr gibt. Die wenigen Veranstaltungen fanden kaum Interesse. Unvergessen ist mir eine sehr gut vorbereitete Veranstaltung im Rüsselsheimer Theater – gerade einmal die erste Reihe war besetzt. Und staatliche Stellen lehnten Projekte ab, wenn der Begriff „Rassismus“ verwendet wurde.

Trotz der rassistisch motivierten Anschläge in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder Solingen und der brennenden Häuser sprachen nur wenige von Rassismus. Es waren mühsame Anstrengungen, über die Realität von Rassismus zu informieren.

Das hat sich inzwischen geändert: Aus dem Tag wurde 2002 die Woche und seit 2008 die Wochen gegen Rassismus. Im Jahr 2019 wurden uns über 1.850 Veranstaltungen gemeldet. Dazu kamen über 1.700 Freitagsgebete. Die Stiftung kooperiert mit 80 bundesweiten Einrichtungen. Es gibt über 100 kommunale Bündnispartner. 77 prominente Persönlichkeiten unterstützen die UN-Wochen und Projekte wie SCHULTER AN SCHULTER oder Engagiert gegen Rassismus sind im Aufbau. Mehr darüber findet sich in der Broschüre „Für eine menschenfreundliche Gesellschaft – 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus“, die wir für die heutige Tagung neu aufgelegt haben.

Rassismus tötet – das ist seit den NSU-Morden und den Anschlägen in Kassel, Halle und Hanau bei den Menschen in Deutschland angekommen. In diesem Jahr gab es nach dem Mord an George Floyd eindrucksvolle Demonstrationen. Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt Rassismus ab. Das ist eine wichtige Grundlage für unsere Aktivitäten.

Wir erleben einen Einschnitt nach 25 Jahren. Zentrales Thema ist nicht mehr die Information über die Realität von Rassismus - nun geht es um die Überwindung. Die verbreitete Empörungskultur ist zu einer Kontaktkultur weiterzuentwickeln. Dazu einige Anregungen, die wir später diskutieren:

Menschen werden nicht als Rassisten geboren. Sie werden durch gesellschaftlich konstruierte Vorstellungen und Normen dazu gemacht. Deshalb ist es möglich, etwas gegen Rassismus zu tun.

Rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen haben viele Ursachen. Das erfordert eine Vielfalt von Antworten. Das eindrucksvolle Engagement bei den jährlich über 1.800 Veranstaltungen in Deutschland ist von dieser *Vielfalt* geprägt: Es beteiligen sich Vereine, Kommunen, Schulen, Kindergärten, Religionsgemeinschaften, Betriebe und Gewerkschaften, Volkshochschulen, Sportvereine, Wissenschaft, politische Einrichtungen und viele andere. Dieses breite Engagement und die vielen Kontakte zu Betroffenen sind weiter auszubauen.

Vor zwei Jahren haben wir mit *SCHULTER AN SCHULTER* (SaS) begonnen. Angeregt werden solidarische Initiativen nach rassistischen Anschlägen insbesondere auf jüdische und muslimische Menschen, auf Sinti und Roma, Schwarze Menschen oder Flüchtlinge. Fast 100 Aktive beteiligen sich an 50 Orten und sind bereit, bei Anschlägen in ihrer Kommune für betroffene Menschen aktiv zu werden. Hier können noch weit mehr Menschen mitwirken. Rassistische und gewalttätige Menschen dürfen nicht den Eindruck haben, dass hinter ihnen eine schweigende Mehrheit steht. Demonstrationen sind erfreulich. Aber wichtig ist es auch, mit Opfern rassistischer Anschläge Kontakte aufzunehmen. Dadurch wird ihnen Mut gemacht. Es gibt dafür immer mehr erfreuliche Beispiele, wie z.B. in Hanau. Anmeldeformulare für eine Mitwirkung bei SaS liegen aus und können anderen weitergegeben werden.

Über 1.700 *Moscheegemeinden* sind aktiv und laden Menschen aus der Nachbarschaft während der UN-Wochen zu Freitaggebeten ein. Neben Nachbarn werden Juden, Christen, Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister dazu eingeladen, gemeinsam über die Überwindung von Rassismus zu sprechen. Einige Synagogen haben sich dem angeschlossen. Bisher haben wir drei evangelische Christengemeinden für solche Einladungen gewonnen. Religiöse Persönlichkeiten sind auf Grund ihrer Lehren gegen Rassismus eingestellt. Aber konkret wird das, wenn Geistliche und ihre Kirchenvorstände jüdische und muslimische Personen zu Gottesdiensten einladen, die dort zu den UN-Wochen gegen Rassismus sprechen können. In den kommenden Jahren wollen wir mehr Christengemeinden dafür gewinnen. Helfen Sie uns dabei.

Durch die Förderung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung haben wir vor kurzem mit dem Projekt „*Engagiert gegen Rassismus*“ begonnen. In Lebensbereichen wie der Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr, Wissenschaft usw. suchen wir anerkannte Personen, die sich für die UN-Wochen aussprechen, ihr Foto für unsere Homepage zur Verfügung stellen und nach Möglichkeit bei einer Veranstaltung zu den UN-Wochen mitwirken.

Es hat mich gefreut, dass zwei stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Deutschland (GdP) vor wenigen Tagen ihre Mitwirkung bei „Engagiert gegen Rassismus“ erklärt haben. Der Austausch mit der *Polizei* sollte in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunkt werden. Die Polizei macht unterschiedliche Erfahrungen mit zugewanderten Menschen und hat vor allem dann mit ihnen zu tun, wenn es Konflikte gibt. Zugewanderte kommen selbst häufig aus Ländern, in denen sie schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben. Das übertragen sie nun auf die Polizei in Deutschland. Veranstaltungen mit Kontakten zwischen der Polizei und Zugewanderten bei den UN-Wochen sollten gefördert werden. Wir wissen: Gegenseitige Vorurteile werden dort am ehesten abgebaut, wo es zu Begegnungen kommt. Deswegen brauchen wir eine Kontaktkultur.

Es gibt verschiedene Milieus gegenüber Migranten, Flüchtlingen und Minderheiten. Dem entsprechend sind unterschiedliche Aktivitäten erforderlich. Wir sind dankbar, dass der evangelische Militärdekan Dr. Michael Rohde Veranstaltungen bei der *Bundeswehr* in der Helmut-Schmidt-Hochschule in Hamburg zu den UN-Wochen durchführt. Wir hoffen dass es bald gelingt, einen ersten General, Oberst oder Oberstleutnant zu gewinnen, der sich für die UN-Wochen einsetzt. Die Bundeswehr hat mit 250.000 Mitarbeitenden eine wichtige Ausstrahlung auf die Gesellschaft. Vielleicht können Sie uns Kontakte vermitteln.

Medien unterstützen durchweg das Engagement gegen Rassismus. Sie berichten ausführlich über rassistische Vorfälle. Aber noch mehr Gewicht sollten Berichte über solidarische Aktionen für Menschen erhalten, die von rassistischen Anschlägen betroffen sind.

Wünschenswert ist ein stärkeres Engagement *politischer Stiftungen und Parteien*. Ortsgruppen von politischen Parteien können von Rassismus betroffenen Menschen zu den UN-Wochen einladen und damit öffentlich machen, dass sie zu ihnen stehen.

Solidarität ist mit *Sinti und Roma* zu entwickeln, die in allen gesellschaftlichen Milieus besonders stark abgelehnt werden. Es darf nicht dabei bleiben, dass sie sich aus der Gesellschaft zurückziehen, weil sie die Erfahrung machen, dass eine öffentliche Beachtung ihre Situation eher erschwert. Besonders zu den Sinti und Roma ist eine Kontaktkultur zu entwickeln, die vor allem am 8. April, dem Internationalen Roma-Tag praktiziert werden kann.

Übersehen werden häufig *Obdachlose*. Rassistische Vorurteile sind ihnen gegenüber stark verbreitet. Der Verkauf von Obdachlosenzeitungen und die damit erfolgenden Kontakte verbessern manches. Gegenüber Obdachlosen gibt es viele Vorurteilen und Gewalttaten insbesondere durch rechtsextreme Menschenfeinde.

In Städten haben sich eigene Wochen gegen Rassismus bewährt. Nun bilden *Regionen* wie Südhessen solidarische und identitätsstiftende Initiativen für die Menschenwürde und gegen Rassismus. Es hat mich gefreut, dass sich zu dieser Arbeitsgruppe heute besonders viele angemeldet haben.

In den kommenden 25 Jahren ist unser *Ziel*, dass eine Atmosphäre der Solidarität unsere Gesellschaft prägt – ganz im Sinne des Mottos „Solidarität. Grenzenlos“. Hass und Gewalt von Menschenfeinden kann abgebaut werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – das ist der Auftrag an uns alle. Eine solidarische Gesellschaft von Menschenfreunden ist möglich.

Mainz, 21. September 2020